35. 1. Steht der unehelichen Mutter der Antrag auf Strafverfolgung wegen Verführung ihrer Tochter zum Beischlase zu?

St.G.B. §. 182.

2. Wird die Wirksamkeit eines derartigen Antrages durch einen Vorbehalt beeinträchtigt, welcher die Zurüdnahme des Antrages unter bestimmten Voraussetzungen in Aussicht stellt?

St.G.B. §. 61.

II. Straffenat. Urtr. v. 7. Dezember 1880 g. A. Rep. 2880/80.

I. Landgericht Guben.

Aus den Gründen:

„Die Revision erweist sich als unbegründet.

Die Berechtigung, eine gerichtliche Verfolgung des Vergehens aus §. 182 St.G.B.'s zu beantragen, ist in Absf. 2 das. den Eltern oder dem Vormunde des verführten minderjährigen Mädchens erteilt und weicht insofern von der allgemeinen Regel ab, nach welcher gemäß §. 65 das. die Befugnis zum Strafantrag rücksichtlich solcher Delikte, wobei minderjährige Personen als Verletzte erscheinen, nur dem gesetzlichen Vertreter, mithin dem Vater oder der Mutter nur dann gewährt sein soll, wenn ihnen zugleich die gesetzliche Vertretung ihres Kindes zusteht.

Diese Abweichung beruht nicht auf einer bloßen Änderung der Wortfassung, sondern trifft auch den Sinn des Gesetzes, indem der Gesetzgeber in den fast unmittelbar vorhergehenden §§. 176 und 177 die Natur der daselbst bezeichneten Verbrechen als Antragsdelikte, welche allerdings durch die Novelle vom 26. Februar 1876 hinweggefallen, unter Zugrundlegung der Regel festgesetzt hat, er also indem er in dem beinahe unmittelbar anschließenden §. 182 sich eines veränderten Wortausdrucks bediente, damit auch einen anderen Gedanken mußte verbunden wissen wollen. Das Verhältnis ist dasselbe wie im preuß. Strafgesetzbuch, welchem die betreffende Vorschrift entnommen, indem daselbst, abgesehen von dem Vormunde, nach §. 149 der Strafantrag im vorliegenden Falle von den Eltern, in sonstigen Fällen aber nach §. 54 von dem Vater, d. i. von dem gesetzlichen Vertreter des minderjährigen Verletzten, zu stellen war.

Indem auf diese Weise das Recht des Strafantrages nicht mehr allein an die Befugnis zur Vertretung, welche allerdings nach preuß. Rechte der unehelichen Mutter als solcher niemals zustehen, sondern nur im Wege der Ernennung zur Vormünderin von ihr erworben werden kann,

vgl. Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 §. 17 Ziff. 3; §. 20 Abs. 1 Ziff. 7 und Abs. 2

sondern zugleich an das Abstammungsverhältnis geknüpft ist, mag wohl die Rücksicht entscheidend gewesen sein, daß, wie dieses bereits von dem obersten Gerichtshofe in Preußen rücksichtlich der dortigen Vorschrift zu Gunsten der ehelichen Mutter anerkannt worden ist,

vgl. Oppenhoff, Rechtsp. des Obertribunals Bd. 6 S. 64, die Eltern vermöge der ihnen anvertrauten Erziehung und Obhut ihrer Kinder zunächst zu beurteilen berechtigt und berufen sein werden, ob nach den einschlagenden Rücksichten und Verhältnissen die gerichtliche Verfolgung der Sache sich empfehle oder nicht vielleicht im eigenen Interesse ihres Kindes davon Abstand zu nehmen sei.

Mag nun auch dahin gestellt bleiben, inwieweit es notwendig ist, daß, wenn beide Eltern noch leben und in der Lage sind, ihr Erziehungsrecht gemeinsam auszuüben, auch der Strafantrag von ihnen gemeinschaftlich ausgehen muß, so unterliegt es doch keinem Bedenken, wenn der Vater an der Ausübung seines Rechts verhindert ist, der Ehefrau und Mutter, sowie ihr nunmehr die Pflicht der Erziehung zunächst

allein zufällt, auch die Prüfung der Antragsfrage allein zu überlassen. Ist dieses aber der Fall, so besteht um so weniger Grund dieses Recht der Mutter abzuspochen, wenn der Vater mit Tode abgegangen ist oder das Kind als uneheliches einen Vater im Sinne des §. 182 St.G.B.'s überhaupt nicht befaßt hat, da auch in anderer Richtung bei derartigen Fragen höchst persönlicher Natur, zum Beispiel der Einwilligung in die Geschließung eines Kindes, der unehelichen ebenso wie der verwitweten Mutter neben dem Vormunde, eine entscheidende Mitwirkung eingeräumt ist.

Vgl. Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes vom 6. Februar 1875 §§. 29. 30 (R.G.Bl. S. 23).

Diesem Standpunkte gegenüber, welchen die Reichsgesetzgebung als maßgebend bezeichnet, kann es nicht in Betracht kommen, daß etwa in der Gesetzgebung des einzelnen Landes das dabei als regelmäßig unterstellte Rechtsverhältnis der unehelichen Mutter zu ihrem Kinde nicht oder nur in beschränktem Maße besteht. Übrigens ist nach §§. 17. 21 und 28 der hier einschlagenden preußischen Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 derselben, wenn sie auch nicht zur Vormundschaftsführung gesetzlich berufen und nur für dazu befähigt erklärt wird, das Erziehungsrecht, worauf es allein ankommt, bezüglich ihres Kindes grundsätzlich zugestanden.

Unterliegt hiernach das Antragsrecht der unehelichen Mutter einem rechtlichen Zweifel nicht, so kann auch der vorliegend dem Antrag beigefügte, auf eine gütliche Verständigung bei oder in dem Termine sich beziehende Vorbehalt, dessen Wirksamkeit nicht hindern, da derselbe seinem deutlichen Inhalt nach nicht die Existenz des Strafantrags suspendieren, sondern bei eintretender Vereinigung vor oder in dem Verhandlungstermine dessen Zurücknahme in Aussicht stellen sollte."